



REGENSBURG

www.donau-post.de

Sorge über „islamfeindliche Aktion“

Regensburg. Der Integrationsbeirat der Stadt hat sich mit einer Pressemeldung an die Öffentlichkeit gewandt, in der er Stellung zu den „islamfeindlichen Aktionen gegen den Bau einer Moschee“ nimmt. „Mit großer Sorge“ sei in der letzten Zeit festzustellen, dass einwanderungs- und spezifisch muslimfeindliche Diskurse und Ausgrenzungstendenzen bis in die Mitte der Gesellschaft salonfähig würden.

Diese Zunahme der Vorurteile und Ressentiments gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen, sowie konkret gegen Bürger islamischer Religion, manifestiere sich sowohl im alltäglichen Rassismus als auch in der Tatsache, dass überall in Europa rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in den Parlamenten sitzen und sogar einige Regierungen bilden.

In diesem Kontext ist die Aufstellung von Holzkreuzen mit den Namen von Opfern von islamistischen Terroristen zu sehen, welche als Protest der sogenannten „Identitären Bewegung“ gegen den Bau einer Moschee inszeniert wurde. Diese Aktion sei feige und ziele darauf hin, sowohl den Islam pauschal zu diffamieren, als auch alle Muslime als Terroristen zu definieren und somit ihre Ausgrenzung und Diskriminierung zu rechtfertigen.

Dies sei zweifellos ein Beispiel von Kulturrassismus, welcher sich oft als Religionskritik ausbeute und der davon ausgehe, dass es bessere und schlechtere beziehungsweise gute und böse Religionen oder Kulturen gebe.

Nach dieser Welterklärung werde der Islam als gefährliche Einheit mit einer Zielsetzung der „Islamisierung Europas“ und alle Muslime als homogene Gruppe mit bestimmten, unveränderbaren Eigenschaften definiert. „Leider treten Rechtspopulisten und Extremisten aufgrund des polarisierten gesellschaftlichen Klimas selbstbewusster in Erscheinung“, schreibt der Integrationsbeirat.

Der Integrationsbeirat als politisches Gremium, das die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund in Regensburg vertritt, solidarisiere sich uneingeschränkt mit den friedliebenden Muslimen in unserer Stadt und lehne jeden Versuch, unsere Gesellschaft zu spalten, entschieden ab. Integration, verstanden als gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen, werde durch jede Art von Rassismus und Diskriminierung verhindert. Aus diesem Grund setze sich der Integrationsbeirat für eine verstärkte Antidiskriminierungs- und Antirassismussarbeit ein.

Der Integrationsbeirat sehe sich darüber hinaus in der Verpflichtung, sich weiterhin für die demokratischen Werte und das Zusammenleben in einer pluralen, offenen Gesellschaft zu engagieren.

Bestattungen heute

In Regensburg

Friedhof am Dreifaltigkeitsberg: 11.30 Uhr, Digna Gerstl, 82 Jahre; 15 Uhr, Walter Mosandl, 88 Jahre.
Evangelischer Zentralfriedhof: 12.30 Uhr, Salomon Hensch, 82 Jahre.

Friedhof Reinhausen: 11.15 Uhr, Mario Wilczynski, 68 Jahre.



Hier auf dem Kepler-Areal soll das RKK stehen. Dafür muss das Studentenwohnheim mit den Nebengebäuden abgerissen werden. Es gibt auch Bürger, die den Entwurf des berühmten Architekten Werner Wirsing gerne sanieren und erhalten würden. Foto: Effenhauser

Es wird Bürgerbegehren gegen das RKK geben

Bündnis will 7000 Unterschriften sammeln – Bedarf ist fraglich und Standort schwierig

Von Bettina Dostal

Regensburg. Es wird ein Bürgerbegehren gegen das auf dem Kepler-Areal geplante Kultur- und Kongresszentrum (RKK) geben, das kündigte am Dienstag das Bündnis „Kein RKK auf dem Kepler-Areal“ an. Die Formulierung der Fragestellung werde derzeit noch juristisch geprüft, sagte Anna-Lena Schnaudt. Dann sollen so schnell wie möglich 7000 Unterschriften gesammelt werden, die für ein erfolgreiches Bürgerbegehren nötig sind. Das Bündnis kritisiert den Bürgerbeteiligungsprozess „Stadttraum gemeinsam gestalten“, der „wenig demokratisch“ abgelaufen sei. Die Ergebnisse seien nicht repräsentativ für die Meinungen der Bürger. Gegen ein RKK gebe es eine Vielzahl von Argumenten.

Im Vordergrund steht, dass es bei der abschließenden Bürgerbefragung nicht die Entscheidung für oder gegen ein RKK gegeben habe. Während des Beteiligungsprozesses habe sich abgezeichnet, dass ein Teil der Bürger kein RKK wolle, sagte Professor Dr. Achim Hubel von den Altstadtfreunden. Die Vertreter der Stadt hätten auf den Stadtratsbeschluss für ein RKK hingewiesen.

Zahl der Veranstaltungsorte ist deutlich gestiegen

Seit diesem Beschluss habe sich aber die Zahl der Veranstaltungsorte in Regensburg deutlich vergrößert. Die Stadt selbst habe das Marinaforum für Tagungen mit bis zu 750 Teilnehmern geschaffen. In der Continental Arena gebe es Räume mit 640, 240 und 120 Sitzplätzen. Im neuen Museum der Bayerischen Geschichte gibt es im Erdgeschoss einen Veranstaltungsraum für 1000 Teilnehmer. Zudem stehe das Audi-

max als Plenarsaal mit 1470 Sitzplätzen für wissenschaftliche Tagungen kostenlos zur Verfügung. Momentan finden jährlich fünf bis zehn Tagungen dieser Größenordnung an der Uni statt. Die Tendenz sei fallend.

Für Konzerte werde das Audimax jährlich an 40 bis 50 Tagen gebucht. Die Akustik sei ausgezeichnet. Große medizinische Kongresse mit 3000 bis 5000 Teilnehmern würden in Kongresszentren in Berlin oder Leipzig abgehalten, da könne Regensburg nicht mithalten. Hubel sieht deshalb keinen Bedarf für ein RKK.

Als schwerwiegendes Argument dagegen sieht er aber die Eingriffe in den Grüngürtel, die der Bau mit sich bringen würde. Der Baumbestand sei bereits im letzten Jahrhundert durch Straßenerweiterungen, den Heroldsbau und das Studentenwohnheim deutlich reduziert worden. Entscheidend sei jetzt nicht, ob 150 Bäume gefällt werden müssen, sondern die Grünflächen insgesamt zu erhalten, die eine Funktion als Erholungsgürtel für



Karl Bierl, Achim Hubel, Kurt Raster, Johannes Ludsteck, Quirin Quansah und Anna-Lena Schnaudt setzen sich für ein Bürgerbegehren gegen ein RKK ein. Foto: bd

Die Bürger und bessere Luft hätten. Als problematisch beurteilt Hubel auch die verkehrliche Situation. Eine Tiefgarage unter dem RKK mit einigen Zufahrten, „das geht überhaupt nicht. Der Standort ist unmöglich.“

Eine Tiefgarage unter dem RKK „geht überhaupt nicht“

Die Folgen für den Verkehr sieht auch Johannes Ludsteck als „massives Problem“. Von einem autofreien Bereich rund um das Keplerareal und in der Maximilianstraße würden zwar die Kongressteilnehmer profitieren. Der Verkehr würde aber nach außen verlagert und Staus und Feinstaub im Umfeld stark steigen, worunter die Bevölkerung leide. Das Geld sei besser in den Ausbau des ÖPNV investiert.

Den Verlust an bezahlbarem Wohnraum brachte Kurt Raster von der Initiative „Recht auf Stadt“ zur Sprache. Bis Ende letzten Jahres hätten 220 Menschen aus dem Luther-Haus ausziehen müssen, wo sie eine günstige Miete hatten. Bis Sep-

tember müsse das Kepler-Haus geräumt werden. Große Kongresse würden die Nachfrage nach Hotelbetten steigern, weshalb wieder weniger Flächen für den Mietwohnungsbau zur Verfügung stünden. Mietwohnungen im Stadtkern würden in Ferienwohnungen umgewandelt.

Bürgerbeteiligung war „teure Mogelpackung“

Von einer „teuren Mogelpackung“ sprach der Student Quirin Quansah. Die Abstimmung über einen höherwertigen ÖPNV und ein RKK sei nur gekoppelt möglich. Die Bürgerbefragung sei „hoch suggestiv“ gewesen, weil keine klare Entscheidung für oder gegen etwas möglich sei. Als Bürger müsse man das Gefühl haben, „an der Nase herumgeführt worden zu sein“. Das schade der demokratischen Kultur in Regensburg nachhaltig.

Das Bündnis besteht aus verschiedenen Initiativen wie „Recht auf Stadt“, den Altstadtfreunden, Forum Kultur oder den Sozialen Initiativen. Derzeit wird vom Verein „Mehr Demokratie“ die Fragestellung für das Bürgerbegehren geprüft. Dann sollen die Unterschriften möglichst bald gesammelt werden.

Der Grundstücksausschuss beschließt am Donnerstag in nicht öffentlicher Sitzung darüber, ob der Erbpachtvertrag mit der Evangelischen Pfründestiftung abgeschlossen wird. Einem Abriss der Gebäude auf dem Kepler-Areal steht dann nichts mehr im Weg. Die Mitglieder des Bündnisses können sich auch vorstellen, das Studentenwohnheim, das der berühmte Architekt Werner Wirsing entworfen hat, zu erhalten. Ob das Gebäude nicht mehr saniert werden kann, wie die Stadt behauptet, soll überprüft werden.

Gestaltung des Bahnhofsareals wird konkret

Ausschüsse beraten umfangreiche Verwaltungsvorlage zur weiteren Vorgehensweise

Regensburg. (bd) In einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Stadtplanung, Kultur, Wirtschaft und Finanzen werden heute die Ergebnisse der Bürgerbefragung „Stadttraum gemeinsam gestalten“ vorgestellt und diskutiert. Die Vorlage der Verwaltung ist umfangreich.

Themenschwerpunkte werden die weiteren Schritte für die Stärkung des ÖPNV mit der Entwicklung ei-

gener Spuren für Busse und Stadtbahn sein. Außerdem die Erschließung der Altstadt bei einer Beschränkung des Autoverkehrs. Der Bau einer Tiefgarage im nördlichen Bahnhofsumfeld und die Verbreiterung der Galgenbergbrücke. Noch Ende diesen Jahres soll der Wettbewerb zum Zentralen Omnibusbahnhof und dem nördlichen Bahnhofsumfeld ausgeschrieben werden. Gleichzeitig wird das Baustellenmanagement für den ZOB geplant. Ab 2019

wird das Planfeststellungsverfahren für den Umbau der Galgenbergbrücke laufen. Kurzfristige Maßnahmen werden im nächsten Jahr die Einführung von ÖPNV-Spuren im Bereich Friedenstraße/Galgenbergbrücke, in der Luitpoldstraße und der Landshuterstraße sein. Die Aufenthaltsqualität der Grünflächen im Alleengürtel soll ab 2019 durch Sitzmöglichkeiten verbessert werden. Auf dem Kepler-Areal wird 2019 mit dem Abriss des Studenten-

wohnheims begonnen. Nach archäologischen Ausgrabungen wird das Gelände aufgefüllt und ist für Zwischennutzungen wie einen Interims ZOB verfügbar. Bis 2019 will die Stadt auch über ein Betreibermodell für das RKK entschieden haben. Davon abhängig werden das Vergabeverfahren und der Architekturwettbewerb eingeleitet. Insgesamt wird die Neugestaltung rund um den Bahnhof zehn bis 15 Jahre dauern.